

Geschäftszahlen:

BKA: 2023-0.004.651

BMKOES: 2023-0.837.796

BMEIA: 2023-0.828.876

78/12

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Humanitäre Krise in der Ukraine; Bereitstellung von Mitteln aus dem Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland)

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat landesweit eine akute humanitäre Krise ausgelöst. Aufgrund der systematischen und unablässigen Zerstörung von lebensnotwendiger Infrastruktur durch russische Angriffe hat sich die Lage weiterhin drastisch verschärft, dazu gehören auch eine lebensgefährliche Verseuchung weiter Teile des Landes durch Landminen und explosive Kriegsrückstände.

Die landesweite Kontaminierung durch die weltweit geächteten Landminen und explosiven Kriegsrückstände seit Beginn des russischen Angriffskriegs stellt ein lebensgefährliches Hindernis für den Zugang der Zivilbevölkerung zu essenzieller Infrastruktur dar. Diese sind eine massive Behinderung des täglichen Lebens und fordern hohe zivile Opferzahlen, erschweren die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen und machen eine Rückkehr in verseuchte Gebiete für die betroffene Zivilbevölkerung unmöglich. Gemäß Angaben des Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) sind ca. 174.000 km² des ukrainischen Staatsgebietes durch Landminen kontaminiert. Laut Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) benötigen mindestens 14 Millionen von Landminen und explosiven Kriegsrückständen in der Ukraine betroffene Menschen Entminungshilfe.

Österreich unterstützt im Sinne seiner humanitären Tradition und angesichts der ständig steigenden Opferzahlen unter der ukrainischen Zivilbevölkerung durch Landminen und explosive Kriegsrückstände die Anstrengungen von humanitären Organisationen zur Entminung und Räumung explosiver Kriegsrückstände in der Ukraine.

Das WFP und die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) setzen ein Entminungsprojekt in der Ukraine um. Die Umsetzung hat vor Kurzem rund um Kharkiw begonnen und soll auf zwei weitere Regionen, Khersonska und Mykolaivska, ausgedehnt werden. Das Projekt zielt auf kleinbäuerliche Landflächen ab. Durch Entminung der durch Landminen und explosiven Kriegsrückständen verseuchten Böden soll den kleinen Agrarbetrieben dieser Regionen die Wiederaufnahme der Produktion ermöglicht werden. Dadurch soll die Resilienz der Kleinbauern gefördert werden, die seit Ausbruch des Krieges von humanitärer Hilfe abhängig sind. Auf Grund der wichtigen Stellung der Ukraine als Agrarexportland ist das Projekt auch ein wesentlicher Beitrag für Bestrebungen zur Eindämmung der weltweiten Ernährungskrise. Eine weitere Komponente des Projekts ist *mine risk awareness*. Durch Schulungen zur Risikoreduktion (insbesondere für Kinder) soll die von Minen ausgehenden Gefahren reduziert werden.

Dafür ist ein österreichischer Beitrag von EUR 4 Millionen für das Entminungsprojekt von WFP und FAO aus Mitteln des Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland vorgesehen, der mit dem Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Auslandskatastrophenfondsgesetz), BGBl. I Nr. 23/2005, errichtet wurde und die Aufgabe hat, Maßnahmen im Zusammenhang mit Katastrophenfällen im Ausland zu finanzieren, die der Beseitigung von Katastrophenschäden und der humanitären Hilfe dienen. Über die Verwendung der Mittel dieses Fonds entscheidet gemäß § 3 dieses Gesetzes in jedem einzelnen Katastrophenfall die Bundesregierung. Der österreichische Beitrag soll dem WFP zur Verfügung gestellt werden, das dann die weitere Aufteilung der Mittel im Projekt sicherstellt. Die Abwicklung des Betrages soll im Wege der Austrian Development Agency (ADA) erfolgen.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen stellen wir daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle beschließen, für die Entminung in der Ukraine EUR 4 Mio. dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) zur Verfügung zu stellen.

21. November 2023

Karl Nehammer, MSc
Bundeskanzler

Mag. Werner Kogler
Vizekanzler

Mag. Alexander
Schallenberg, LL.M.
Bundesminister